

Hohenstein-Ernstthal-Grünthaler Tageblatt

Amtsblatt

Anzeiger



Das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal mit Sättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Collesberg, Grumbach, Eirschheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 15.15 Mk., monatlich 5.06 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgespaltene Korpusbreite 75 Pfg., auswärts 75 Pfg., im Reklameteil 2.00 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßige Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Zwangsweiser Entziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Ausschuss.

Nr. 184

Dienstag, 10. August 1920

70. Jahrg

Die Lage im Osten

wie die europäische Gesamtlage werden in Berliner Regierungskreisen — wie der dortige Mitarbeiter des „Chh. Tgbl.“ hört — seit Sonntagabend als befriedigend betrachtet. Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen werden voraussichtlich in London oder mindestens von London aus geleitet werden. Lloyd George hat den Ehrgeiz, als Retter der Welt zu fungieren, einen neuen Weltkrieg unbedingt zu verhindern und mit Rußland sich nicht zu verfeinden. Er ist ein Gegner eines gewaltigen Eingriffes gegen Rußland und wird in diesem Sinne auch bei allen Verhandlungen mit Staatsmännern der Entente handeln. Rußlands Doppelspiel raut man nicht recht, will aber auf jeden Fall mit Rußland friedlich verhandeln und sich keine diplomatische Niederlage bei dem schlauen Lenin holen. Sobald Warschau gefallen, dürfte die Entente mit Rußland schnell ins Reine kommen und auch die schützende Hand über Polen nicht zurückziehen. England will antichinesisch den Bolschewismus an den Grenzen Polens eindämmen und scheint bereit zu sein, auf Kosten Polens Landbesitzungen an Rußland zu machen, um die bolschewistische Gefahr von Westeuropa fernzuhalten. Nach Mitteilungen, die in Berlin eingegangen sind, sieht Frankreich seine Hauptaufgabe darin, Deutschland und Rußland dauernd getrennt zu halten und Polen als Pufferstaat nicht eingehen zu lassen. Frankreich will gemeinsame Grenzen zwischen Deutschland und Rußland nicht zulassen.

Im übrigen müssen die Ergebnisse der Besprechungen in Sythie abgewartet werden. Deutschlands diplomatische Lage wird im auswärtigen Amt für ausgezeichnet gehalten, man werde alle Entscheidungen rein sachlich treffen. Deutschland wird auf eine Zustiehung bei der Lösung der Ostfragen bestehen und hofft auf Erfüllung dieses Wunsches.

Die unten wiedergegebenen Depeschen bestätigen den in vorstehendem Telegramm wiedergegebenen Eindruck, daß die Lage wesentlich entspannt ist. Ueberwiegend ist es, daß die russischen Vorschläge trotz der ansehnlichen militärischen Lage der Sowjetregierung so weit gehen, wie es der Fall zu sein scheint. Immerhin wird man Näheres noch abwarten müssen. Bei den Friedensverhandlungen wird zweifellos die Bekämpfung Rußlands gegenüber den Randstaaten eine wichtige Rolle spielen, ebenso die Frage, wie die ethnographische Grenze Polens verläuft. Wenn die Ausführungen des russischen Generals, die wir in gestriger Nummer wiedergaben, noch zutreffend sind, so dürfte Rußland als Friedensbedingung durchzusetzen versuchen, daß die Randstaaten und möglicherweise auch Polen wieder in Abhängigkeit von Rußland kommen. Dann wäre das Ziel, ein großes russisches Reich wiederherzustellen, seiner Erfüllung näher und Englands Wunsch nach einer Zerstückelung Rußlands zum Scheitern gebracht. Vom Ausgang der Friedensverhandlungen hängt zweifellos auch für Deutschland viel ab, wenn auch nicht zu erkennen ist, daß sich weder England noch Rußland von unseren, sondern einzig und allein von ihren eigenen Interessen leiten lassen werden.

Weitgehende Vorschläge Rußlands.

Wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ aus London berichtet, glaubt man dort zu wissen, daß Kamenew folgende Vorschläge gemacht hat, welche der Beratung in der Konferenz von Sythie unterliegen:

1. Angebot seitens der Sowjets, die Schulden der zaristischen Regierung bei Frankreich anzuerkennen;
2. Annahme der Konferenz von London zwischen Rußland und den Verbündeten;
3. Rückzug der roten Truppen auf die ethnographischen Grenzen Polens;
4. Amnestie für General Wrangel und seine Truppen unter der Bedingung, daß sie Rußland verlassen.

Nach einer Havas-Meldung aus Sythie habe die Sowjetregierung von Moskau die englischen Vorschläge endgültig abgelehnt. Man berichtet, daß die polnischen und

bolschewistischen Delegierten sich kommenden Mittwoch in Warschau treffen werden, denn es sei vorzuziehen, daß die Bolschewisten und Polen sich unter sich allein verständigen.

Die Polenhilfe gescheitert?

Nach einer Meldung des „Journal des Débats“ hat die englische Regierung der Sowjetregierung vorgeschlagen, daß die Alliierten darauf verzichteten, sich in die russisch-polnischen Friedensverhandlungen einzumischen. Polen werde keine Freiwilligen mehr ausheben und die alliierten Militärmissionen würden nicht mehr intervenieren. Auch würde kein Kriegsmaterial mehr nach Polen geschickt und die beiden Heere würden in ihren jetzigen Stellungen bleiben. Das sei in großen Zügen der Plan, welcher nach Moskau übermittelt worden sei und auf den Lloyd George gestern vormittag eine Antwort zu erhalten hoffte.

Der Kampf um Warschau.

Nach einer „Matin“-Meldung vom Sonntag aus Warschau haben die Polen am Sonntagabend auch Sokolnow an die Russen verloren. Der Brückenkopf von Sadowo ist nach hartem Kampfe von den Polen geräumt worden. Wie „Temps“ meldet, haben die Russen den Uebergang über den Narew forciert. Narew ist von russischen Vorposten besetzt worden. Zwischen dem Narew und Bug ist eine neue russische Armee im Vormarsch. Starke bolschewistische Truppenkonzentrationen vor Warschau werden im Norden der Stadt gemeldet. Man erwartet einen weit ausgreifenden Angriff der roten Truppen, um den Vormarsch auf die Hauptstadt zu verhindern.

Am Nordflügel scheint der polnische Widerstand endgültig gebrochen zu sein. Die Russen haben Przasnysz besetzt. Diese Ortschaft liegt am Stützpunkt dreier großer Straßen und hätte, da das Vorgehen keine Deckung für den Angriff bietet, von einigen geschickt eingebauten Maschinengewehr-Nestern gehalten werden können. Der russische Vormarsch geht südwestlich gegen Ziedanow. Mit der Einnahme dieser Ortschaft wird die wichtige Verbindung Warschau—Mlawka in der Mitte durchschnitten und nördlich die Umgehungsstraße Przasnysz—Mlawka ist vorgehende russische Kavallerie gemeint. Die polnischen Kräfte, die bei Grudusk halten, können von Chorzellen aus, das bereits besetzt ist, mit einer nördlichen Ueberflügelung leicht umgangen werden.

Verteidigung „bis zum Aeußersten“.

Eine Notabelndellegation aus Warschau befragte den Staatschef Pilsudski, der erklärte, Warschau werde sich bis zum Aeußersten verteidigen. Gegen die Deserteure und militärischen Feiglinge wird scharf vorgegangen. 5 Soldaten wurden wegen dieser Verbrechen hingerichtet.

Unerhörte polnische Uebergriffe.

Nach einer Meldung der „Bolschischen Zeitung“ aus Marienwerder wurde in Soldau ein deutscher Zug von den Polen festgehalten. Das Lokomotiv- und Zugpersonal wurde gewaltsam fortgeführt und vollkommen entkleidet. Die deutschen Beamten weigern sich nun, den Zugverkehr aufrechtzuerhalten, wenn ihnen nicht ihre angemessene Behandlung durch die Polen sichergestellt wird. Nach einer weiteren Meldung des hiesigen Blattes aus Marienwerder sind die polnischen Landräte durch einen Befehl der Wojewodschaft Polen ermächtigt worden, alle für Deutschland Propaganda treibenden Deutschen sofort zu erschließen.

Der Friedensvertrag und die Verhandlungen durch Deutschland.

Eine offiziöse Berliner Veröffentlichung weist mit gebotenen Nachdruck darauf hin, daß die Störungen der auf Grund des Friedensvertrages erfolgenden Transporte mit der Wahrung der Neutralität nichts zu tun haben und die ernstesten Gefahren für Deutschland heraufbeschwören können. Zur Vermeidung

von Zwischenfällen sollen jetzt die von den Entente-Truppen benutzten oder mit Entente geladenen Wagen bei der Durchfahrt durch Deutschland als Transporte auf Grund des Friedensvertrages für jedermann kenntlich gemacht werden. Wie notwendig die Kennzeichnung und Respektierung dieser Transporte ist, ergibt sich aus folgenden Darlegungen: Bei den Transporten handelt es sich um den Nach- und Abfuhr der im Abstimmungsgebiete stehenden Besatzungstruppen. Es ist ein Fahrplan vereinbart worden, nach dem der regelmäßige Verkehr zwischen den Entente-Truppen und ihren Heimatländern erfolgt. Zu dem notwendigen Güterverkehr für den gesamten Truppenbedarf kommt der mit der Entente einigene Jahrgänge und der regelmäßigen Beurlaubung eines Teiles der Besatzungstruppen verbundene Personenverkehr. Dieser Verkehr hat sich von vornherein in voller Deffektivität vollzogen. Sein Umfang ist auch jetzt leicht feststellbar und der Ueberwachung durch die Eisenbahnbehörden zugänglich. Die lewellige Ausnutzung der der Entente übereinkunftgemäß wöchentlich zur Verfügung stehenden Sonderzüge wechelt mit dem Bedarf der Besatzungstruppen. Ein vorübergehendes Anschwellen hat bisher stets durch besondere Maßnahmen eine ausreichende Erklärung gefunden.

Die Verwendung von Schienenbedarfs ist hier durch die Notwendigkeit begründet, die Truppen in ihrer Ausbildung zu fördern.

Französische Besetzung des Korridors?

Wie der Pariser Berichterstatter des „Lyoner Progres“ versichert, denke man in Paris allem Nächsten nach an die Absendung einer Armee zur Besetzung der Stadt Danzig und der sogenannten Reichsboulevards (!), nicht nur um Polen Hilfe zu bringen, sondern vor allem, um Deutschland von Rußland zu trennen.

Frankreich fordert Garantien.

Frankreich hat auf der Konferenz in Sythie folgende Garantien verlangt: 1. Militärische Garantien, über die Marschall Foch und Marschall Wilson, sowie Admiral Beatty berieten; ferner verlangt Frankreich auch diplomatische Bürgschaften. Die militärischen Garantien betreffen hauptsächlich darauf, daß Frankreich keine Truppen nach Polen schicken will, denn eine solche Truppenentsendung würde sowohl in Frankreich, als auch in England in der öffentlichen Meinung Anstoß erregen. Man würde insbesondere Gefahr laufen, daß äußerst schwere Arbeiterunruhen ausbrechen. Es handelt sich also, schreibt der „Matin“ darum, unsere Kräfte gegen Rußland anzuwenden, ohne einen einzigen Soldaten hinzuschicken. Die wichtigste Sache ist die Blockade Rußlands, und zwar die absolute Blockade unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten.

Die Frauen sind den Herren von der Entente wohl etwas zu sauer geworden, nun sehen, welche militärische Kraft Rußland zu entwiekeln vermag?

Festhalten an der Londoner Konferenz?

Der Londoner „Evening Standard“ teilt mit: Die Note der Sowjet-Regierung wird zwar nicht auf die Wünsche der britischen Regierung eingehen, aber trotzdem akzeptiert werden. Die Londoner Konferenz wird daher doch abgehalten werden. Auf dieser Konferenz wird die politische Lage und der Frieden erörtert, und zwar erst, nachdem Rußland und Polen Gelegenheit gegeben worden ist, direkte Verhandlungen zu führen. Das Blatt teilt ferner mit, daß Deutschland und die baltischen Staaten zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen werden sollen.

Differenzen zwischen Lloyd George und Millerand.

Wie der Sonderberichterstatter der „Action Francaise“ mitteilt, machen die Franzosen auf der Konferenz von Sythie positive Vorschläge, welche darauf hinausgehen, die Besatzungstruppen von Oberschlesien an die polnische Front zu entsenden. Darauf hätten die Engländer erwidert, daß Deutschland

dagegen protestieren werde. Ferner sollten Verstärkungen nach Rumänien geschickt werden, um von dort aus unter französischem Kommando vorzurücken. Diese Verstärkungen sollten den französisch-englischen Besatzungstruppen entnommen werden, welche sich in der Türkei befinden. Nach einer Radiomeldung aus Sythie sollen zwischen Lloyd George und Millerand Meinungsverschiedenheiten entstanden sein über die Verwendung der Besatzungstruppen von Oberschlesien und über die Rolle, welche Rumänien spielen sollte. Lloyd George sei nach Schluß der gestrigen Tagung offensichtlich schlechter Laune gewesen.

Die Pariser Zeitungen stellen weiter Betrachtungen an über die durch den polnisch-russischen Krieg herbeigeführte Lage. Im Gegensatz zu den aufgeregten Darlegungen anderer Blätter sagt „Deuxième Nouvelle“, Millerand sei nicht der Mann, der Frankreich allein in einen neuen Krieg führen werde, denn er wisse, daß die französische öffentliche Meinung einmütig diesen Gedanken mit Entsetzen zurückweise. Die Zusammenkunft in Sythie werde den Zweck haben, Polen zu retten, ohne Frankreich in ein kriegerisches Abenteuer zu stürzen.

Deutschland und die Waffen in den Abstimmungsgebieten.

Die deutsche Regierung hat in Paris eine Note überreicht, worin sie anregt, daß die alliierten Truppen bei ihrem Abzug aus den Abstimmungsgebieten das dort vorhandene Waffenmaterial nicht zerstören, sondern an Dr. und Stelle belassen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß Ostpreußen am ungehinderten Verkehr mit dem übrigen Reich stark beeinträchtigt sei, daß also der Transport von Waffen und Munition in diese Provinz sich im Notfall sehr stark verzögere. Deshalb erscheine es wünschenswert, das in Ostpreußen jetzt vorhandene Waffenmaterial dort zu belassen.

Wie amtlich mitgeteilt wird, verlassen die italienischen Truppen im Abstimmungsgebiet am 10. und 11. August Marienwerder in drei Zügen. Sie werden über Frankfurt a. O., Obergurgel und die Tschechoslowakei nach Italien geleitet.

Inzwischen ist in Erfurt ein weiterer Zug angehalten worden. Wie die dortige Linienkommandantur meldet, ist der Zug, etwa 20 Güterwagen mit dem Bestimmungsort Leipzig, der von zwei französischen Offizieren in Begleitung einiger Damen geführt wurde, in Erfurt zurückgehalten worden. Näheres über seine Bestimmung ist bisher an amtlicher Stelle nicht bekannt.

Zur Flaggenfrage

erfährt das „Chh. Tgbl.“ aus unterrichteten Kreisen: Frankreich hat angesichts der Zustimmung der polnischen Lage und in seiner hysterischen Angst vor einem Zusammengehen Deutschlands mit Rußland wieder einmal mit dem Sabel gerastelt, um Deutschland einzuschüchtern und zu demütigen. Foch hat die Flaggenaffäre auf dem Pariser Platz, die man für beigelegt hielt, benutzt, neue Forderungen zu stellen, Forderungen, die für Deutschland beschämend und unannehmbar waren. Auf diese Forderungen spielte Simons kürzlich im Reichstage an und mit ihnen beschäftigte sich die sehr ernste Unterredung zwischen Simons und dem Vertreter Frankreichs in Berlin. Für den Fall der Nichtannahme der Bedingungen kündigte Frankreich die Besetzung des Ruhrgebiets an, dieses in letzter Zeit sehr beliebte Entente-Schreckmittel. Inzwischen hat Frankreich eingelenkt, wahrscheinlich auf Betreiben Englands, das eine Entspannung der europäischen Lage herbeiführen will und einen Vertrag mit sich und Rußland vorbereitet, nachdem es eingesehen hat, militärische Hilfe für Polen kommt zu spät und mit Deutschland sei trotz seiner Anebelung als Machtfaktor noch zu rechnen, jetzt und auch später. Eine Verletzung der deutschen Neutralität in so brutaler Form, wie sie Frankreich gewünscht, hätte nach Englands Meinung eine neue Revolution in Deutschland hervorgerufen, die sich gegen die Entente wendete und Deutschland Rußland in die Arme